

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Reichstag gegen Volkswillen!

Vertagung bis zum Herbst? — Auf dem Wege zum Hochschulgoll.

Das Reichskabinett trat heute vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Im Prinzip wurde in dieser Sitzung der Rücktritt des Kabinetts beschlossen.

Um 1 Uhr beabsichtigte die Regierung, sich mit den Parteiführern der Regierungsparteien zu besprechen. Innerhalb der Regierungsparteien wird jedoch heftig um die Frage gekämpft, ob die Regierung zurücktreten soll oder nicht.

Es wird behauptet, daß die Ansicht vorherrschend sei, daß sie nicht zurücktreten, und auf eine Vertagung der dritten Lesung der Fürstenvorlage bis zum Herbst hinarbeiten soll.

Bis zur Stunde ist eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen.

Die Sitzung des Reichstags, die auf 1 Uhr angesetzt war, ist auf unbestimmte Zeit vertagt.

Am 10. Juni — zehn Tage vor dem Volksentscheid — gab der Reichskanzler Marx im Reichstag eine Erklärung ab, in der es zum Schluß hieß:

„Die Reichsregierung ist über des weiteren auch der Auffassung, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes den dringenden Wunsch und den Anspruch hat, daß der Reichstag eine gesetzgeberische Lösung seinerseits findet. Sie hält es deswegen für ein innerpolitisches Gebot, das Gesetz über dessen Einzelheiten monatelang in der eingehendsten Weise beraten worden ist, nunmehr mit aller nur möglichen Beschleunigung zu verabschieden. Die Reichsregierung möchte dabei keinen Zweifel lassen, daß es durchaus irrig sein würde, anzunehmen, daß sie nach einem vorläufigen Ergebnis des Volksentscheides von einer gesetzlichen Regelung Abstand nehmen könnte. Die Reichsregierung wird auch dann mit aller Entschiedenheit auf eine gesetzgeberische Regelung im Geiste der Vorlage dringen und würde die ihr gebotenen ersetzenden Konsequenzen nicht scheuen, falls sich im Reichstag endgültig die Unmöglichkeit des Zustandekommens eines Abfindungsgesetzes ergeben sollte.“

Darauf erklärte Abg. v. Guerard namens der Regierungsparteien das folgende:

„Angesichts der Tatsache, daß im Land gefürchtet wird, im Falle der Ablehnung des Volksentscheides werde jede reichsgesetzliche Regelung scheitern, wollen die Regierungsparteien keinen Zweifel darüber lassen, daß sie den Erlaß eines die Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Ländern und den Fürstentümern regelnden Gesetzes für unbedingt notwendig erachten. Das Gesetz wird den Fürsten nur das Vermögen belassen, welches sie als unzweifelhaftes Privateigentum erworben haben. Den Folgen des verlorenen Krieges, der Verarmung des Volkes und der gesamten Vermögenslage der Fürsten wird ausreichend Rechnung getragen. Den Ländern soll zugeteilt werden, worauf sie aus Gründen der Kultur oder der Volksgesundheit Anspruch haben. Den Fürsten wird keine bessere Aufwertung als anderen Staatsbürgern.“

Wäre nach diesen Erklärungen verfahren worden, so hätte das Abfindungsgesetz erledigt werden können. Es hätte nur der Einsicht der Regierungsparteien bedurft, daß die Parlamentsmehrheit dem Willen von 14 1/2 Millionen Vorgesagten beim Volksentscheid Rechnung tragen muß. Statt dessen haben die Regierungsparteien die Willensäußerung des Volkes beiseite geschoben. Wenn eins aus den Kommentaren der Presse der Regierungsparteien zum ablehnenden Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion stark hervortritt, so die völlig undemokratische Mißachtung des Willens und des Rechtsgefühls eines so starken Teils des Volkes. Fast scheint es, als ob man bei den Regierungsparteien vergessen habe, daß man das parlamentarische Mandat dem Willen von Wählern verdankt! Wie weit die Mittelparteien diese Loslösung vom Willen der Wähler riskieren können, müssen sie selbst wissen. Es ist ihre Sache, ob sie zum mangelnden Entgegenkommen an den Volkswillen noch die Schwenkung zur Rechtsblockpolitik fügen wollen, womit ein demokratisches Blatt heute morgen gegen die Sozialdemokratie zu drohen glaubt, oder ob sie gar noch mit den Großagrariern ein Raubzollkompromiß eingehen wollen. Wenn sie Lust haben, Amok gegen sich selbst zu laufen, so mögen sie es riskieren.

In der Fürstenfrage liegen die Dinge klar. Die Regierung hat eine formulierte feierliche Erklärung abgegeben, unter allen Umständen an der gesetzlichen Regelung der Fürstenfrage festzuhalten. Die Regierungsparteien haben diese Erklärung unterstrichen und zu der ihren gemacht. Diese Erklärung ist unumstößlich. Jetzt wäre es an der Regierung, die Konsequenzen zu ziehen, die nicht zu scheuen sie erklärte, und die Bahn frei zu machen zu einem neuen, ernsthaften Versuch der gesetzgeberischen Regelung der Fürstenfrage. Statt dessen hat Herr Marx, der als Reichskanzler die Ansicht als durchaus irrig erklärte, daß die Regierung von einer gesetzgeberischen Regelung Abstand nehmen könnte, gestern als Abgeordneter gegen die Vornahme der dritten Lesung des Sperrgesetzes Widerspruch erhoben und damit

den Willen der Regierung angedeutet, den Fürstenforderungen freien Lauf zu lassen.

Es gibt nach dem Volksentscheid nur noch den Weg der parlamentarischen Regelung der Fürstenfrage! Die Sozialdemokratie weiß das sehr genau. Sie will die parlamentarische Regelung der Fürstenfrage durch die Reichsgesetzgebung. Aber sie sieht, daß in diesem Reichstag, der nicht mehr in Einklang mit dem Willen des Volkes steht, diese gesetzgeberische Regelung nicht zu erreichen ist. Sie fordert deshalb die Auflösung dieses Reichstags, damit ein neugewählter Reichstag die Arbeit vollendet, die dieser Reichstag in vielfachen Versuchen nicht einer Lösung entgegenführen konnte. Sie fordert ferner, daß vor der Auflösung — unverzüglich! — das Sperrgesetz verlängert werde, damit nicht die Gerichte der gesetzgeberischen Regelung vorgreifen.

Ihre Forderung entspricht dem Geiste der Demokratie und der parlamentarischen Verfassung. Es wäre angebracht, daß die Mittelparteien sich klar darüber würden, wie weit sie sich in der Behandlung der Fürstenvorlage vom Geist der Demokratie entfernt haben. Die Forderung entspricht den Erklärungen, die Reichsregierung und Regierungsparteien 10 Tage vor dem Volksentscheid abgegeben haben. Die Auflösung des Reichstags muß den Weg frei machen zur parlamentarischen Lösung der Fürstenfrage.

Die Sozialdemokratie will die parlamentarische Lösung der Fürstenfrage. Sie ist sich völlig klar darüber, daß diese parlamentarische Lösung nicht zu finden ist mit den Kommunisten gemeinsam. Es spricht zu vieles dagegen. Mit einer Partei, die die entschuldigungslose Enteignung der Kronfideikommissrenten und der Zivillisten im Rechtsauschuß ablehnt, ist diese Lösung nicht möglich. Sie ist nicht möglich mit einer Partei, die die Enteignung der Renten der Standesherren, alle Anträge zum Schutze von Volkskultur, Kunst und Volkswohlfahrt ablehnt. Nicht möglich mit einer Partei,

deren Reichstagsfraktion das kläglichste Bild der Verwirrung, Unselbständigkeit und Direktionslosigkeit gezeigt hat.

Wie sollte man eine so schwere und ernste Frage wie die Fürstenfrage im Parlament lösen, mit einer Fraktion, von deren drei Ausschußmitgliedern jeder anders stimmte: der eine sah, der andere stand, der dritte fehlte wieder... bei der ein Mitglied, das einmal im Interesse des Volkes stimmte, sich sofort zu einem reumütigen Widerruf gezwungen sah?

Mit einer Fraktion, die für die Hohenzollern und Standesherren, für die Pferdezüchter beim deutsch-dänischen Handelsvertrag, gegen die Interessen der Bergarbeiter beim Knappschaftsgesetz, gegen die Hilfe für die Erwerbslosen beim Arbeitsbeschaffungsprogramm stimmte, ist an keine ernsthafte und aussichtsreiche parlamentarische Zusammenarbeit in der Fürstenfrage zu denken.

Dieser Reichstag hat kein Mandat mehr! Kein Mandat in der Fürstenfrage, kein Mandat in der Zollfrage. Die Mittelparteien, durch deren Schuld ein gerechter Ausgleich in der Fürstenfrage unmöglich geworden ist, haben heute morgen im handelspolitischen Ausschuß des Reichstags den sozialdemokratischen Antrag, die geltenden niedrigen Getreidezölle bis zum 1. Dezember zu verlängern, abgelehnt. Sie haben gemeinsam mit den Deutschnationalen und allen bürgerlichen Parteien statt der niedrigen Getreidezölle die Sätze der Bülowischen Handelsverträge eingeseht. Wollten sie die einseitige Zustimmung der Sozialdemokratie zur Fürstenvorlage, um sich eine Rückendeckung für ihr neues Zollattentat gegen ihre eigenen Wähler zu schaffen? Es ist eine va-banque-Politik, die die Mittelparteien in diesem überalterten Reichstag treiben, der sich dem Willen des Volkes verschließt!

Auflösung des Reichstags! Bahn frei für die parlamentarische Regelung der Fürstenfrage! Entscheidung des Volkes über das geplante neue Zollattentat!

Ein neues Zollattentat.

Hochschulzollblock von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen.

In den Morgenstunden ist zwischen den bürgerlichen Parteien ein Kompromiß zustande gekommen, das eine starke Erhöhung der bisher geltenden Zollsätze enthält, jegliche Rücksicht auf die Verbrauchermassen fallen läßt und eine neue Ära der Lebensmittelveruerung einleitet.

Als der handelspolitische Ausschuß des Reichstages mit wesentlicher Verspätung zusammentrat, hielten es die bürgerlichen Parteien nicht einmal für notwendig, ihr Kompromiß bekanntzugeben, oder ihre Stellungnahme zu erläutern. Genosse Dr. Hilsberding begründete den sozialdemokratischen Antrag, die bisherigen Zollsätze für Lebensmittel bis zum 1. Dezember 1926 zu verlängern. Er wies u. a. darauf hin, daß das Inkrafttreten der Zollsätze des schwedischen Handelsvertrages dem Wählerkongress, der unter Führung französischen Kapitals stehe, riesige Gewinnmöglichkeiten eröffnet.

Auf diese Rede antwortete der Ernährungsminister Dr. Haslinder mit zwei Sätzen. Der sozialdemokratische Antrag sei für die Landwirtschaft und die Regierung unannehmbar. Für die zu hohen Zollsätze werde ein Ausweg gesucht werden.

Gegenüber einer kurzen Bemerkung des Abg. Jehr (Bayer. Bauernbund) stellt Genosse Hilsberding fest, daß im Vorjahre niemand die Absicht gehabt habe, die autonomen Sätze des Zolltarifes zu Vertragszöllen werden zu lassen. Die niedrigeren provisorischen Sätze seien das Ziel gewesen, das durch Vertragsverhandlungen hätte erreicht werden sollen. Die offizielle Erklärung des Zentrums habe das ausdrücklich bestätigt.

Durch Schweigen der Zentrumsabgeordneten wird diese Feststellung Hilsberdings bestätigt.

Bei der Einzelberatung werden zu den Industriepositionen des schwedischen Handelsvertrages einige Entschleisungen angenommen, die für die Wollstoffindustrie, Holzindustrie usw. Frachtbegünstigungen verlangen.

Bei den Positionen über Agrarerzeugnisse wird das Kompromiß der bürgerlichen Parteien verteidigt. Es ist abgeschlossen zwischen allen bürgerlichen Parteien, also auch den Deutschnationalen und den Demokraten, obwohl die letzteren im Vorjahre mit der Sozialdemokratie gemeinsam die hohen Zollsätze auf Lebensmittel entschieden bekämpft haben.

Bei der Abstimmung wird ein kommunistischer Antrag auf Zollfreiheit für Lebensmittel und der sozialdemokratische Antrag auf Verlängerung der jetzt geltenden Zollsätze bis zum 1. Dezember 1926 gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Kommunisten abgelehnt. Abgelehnt werden auch die sozialdemokratischen Eventualanträge, die Zollsätze für Roggen und Weizen von 3 M. bzw. 4 M. vorziehen.

Geschlossen stimmen die bürgerlichen Parteien für die Erhöhung der Zollsätze bei Roggen und Weizen auf 5 M., bei Gerste auf 2 M., bei Mais auf 3,20 M., bei Hafer auf 5 M.

Die Zollfreiheit für Margarineerzeugnisse, die im Vorjahre ausbrüchlich beschlossen worden war, wird durch einen Zoll von 1,25 M. ersetzt, obwohl das sowohl eine Schädigung der Verbraucher als auch eine solche der viehzüchtenden Bauern darstellt.

In der Gesamtabstimmung wird der schwedische Handelsvertrag mit 5 gegen 12 Stimmen angenommen. Bei der Minderheit befinden sich Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Sozialdemokraten beantragen, die Befrierfleischlieferung in Höhe von 120000 Tonnen jährlich zu gestatten, um die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung sicher zu stellen. Auch diesen Antrag stimmen die bürgerlichen Parteien nieder.

In demselben Augenblick also, in dem die bürgerlichen Parteien sich schügend vor das Eigentum der Fürsten stellen, unternehmen sie in voller Harmonie

einen Raubzug gegen die Verbrauchermassen und verteuern den schwerleidenden Volksmassen die notwendigsten Nahrungsmittel.

Besonders charakteristisch ist das Verhalten der sogenannten Arbeitervertreter der bürgerlichen Parteien. In ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsführer haben sie das Verlangen gestellt, die bisherigen niedrigen Zollsätze bis 1. Dezember 1926 zu verlängern. Das deckt sich vollkommen mit der Stellungnahme der Sozialdemokratie. Als Abgeordneter aber stimmen diese Arbeiterführer gegen ihre eigenen Forderungen.

Gegen den Wahlterror.

Sozialdemokratischer Antrag im Landtag.

Im Preussischen Landtag ist ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen, in dem auf die Veruche beamteter Personen in Preußen hingewiesen wird, auf die Stimmberechtigten am Abstimmungstage über den Volksentscheid einen terroristischen Druck auszuüben. Das Staatsministerium wird ersucht:

1. Personen mit amtlichen Befugnissen, die unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt sich einer Rötigung schuldig gemacht haben, strafrechtlich und disziplinarisch unverzüglich zur Verantwortung zu ziehen;

2. dafür Sorge zu tragen, daß — soweit die gegenwärtigen Gesetzesbestimmungen nicht ausreichen — Bestimmungen in das in Vorbereitung befindliche Allgemeine Deutsche Strafgesetzbuch aufgenommen werden, durch die für die Zukunft die volle Sicherheit der Wahl- und Stimmfreiheit den wirtschaftlich-abhängigen Staatsbürgern gegeben wird.

Frankensturz und Krisengerüchte.

Caillaux überläßt der Kammer, den Rettungsweg zu finden

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten 48 Stunden mehren sich, genährt durch die immer schärfer werdende Frankenkrisis, die Krisengerüchte. Man spricht bereits in der Presse und den Wandelgängen der Kammer offen von einem bevorstehenden Sturz des Kabinetts Briand. In zahlreichen politischen Kreisen befürchtet man, daß das kaum einige Tage alte Kabinett die große Finanzsprache am Dienstag in der Kammer nicht überleben werde. Die Gerüchte sind immerhin mit Vorsicht aufzufassen. Ohne Zweifel hat die Dürftigkeit der Regierungserklärung die Stellung der Regierung alles andere als gefestigt, aber man darf sich fragen, ob sich in der Kammer eine Mehrheit finden wird, im gegenwärtigen Fieber der Währungskrise eine neue Ministerkrise zu provozieren. Caillaux soll entschlossen sein, am Dienstag die Kammer klipp und klar vor folgende drei Sanierungsmöglichkeiten zu stellen: entweder die Verwendung des Goldbestandes der Bank von Frankreich oder eine neue Inflation oder Auslandskredite. Zwischen diesen drei Möglichkeiten soll die Kammer auf eigene Verantwortung wählen. Der Ausgang der Debatte ist ebenso unsicher, wie die politische Lage.

Das Expertenkomitee hat am Donnerstag Caillaux seinen Bericht zugehen lassen. Dieser betont die Notwendigkeit von der Stabilisierung des Franken und setzt als Voraussetzung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und ein Zusatzabkommen zwischen der Bank von Frankreich und der Federal Reserve Bank. Caillaux wird den Bericht in kürzester Zeit veröffentlichen.

Um die Rheinräumung. — Stöcken der Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die von amerikanischen Blättern verbreitete Nachricht, die deutsche Reichsbahn habe sich zu einer Frankenfürsorgeaktion bereit erklärt gegen eine beschleunigte Räumung der Rheinlande wird an hiesiger amtlicher Stelle energisch dementiert. Wir erfahren dazu von unterrichteter Seite, daß die Reichsregierung in der Tat am Dual d'Orsay eine Demarche in der Frage der längst versprochenen Einschränkung der Rheinbefugnisse unternommen habe. Diese Demarche kann aber in keiner Weise mit dem phantastischen Vorschlag einer Frankenfürsorgeaktion in Verbindung gebracht werden. Sie dürfte vielmehr im Zusammenhang mit den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen erfolgt sein. Diese sind übrigens erneut ins Stocken geraten. Die französische Regierung hat jüngst ein Propositorium von 6 Monaten auf ziemlich breiter Grundlage vorgeschlagen. Dieser Vorschlag scheiterte daran, daß die deutsche Regierung das französische Verlangen der Restbegünstigung französischer Weine von gewissen Kompensationen politischer Art abhängig gemacht hat, über die eine Einigung bisher nicht erzielt werden konnte. Auch die deutsche Forderung auf Anpassung der Zolltarife auf Goldbasis stieß bisher bei den französischen Delegierten auf großen Widerspruch.

Der Frank gleitet ab.

Von der Berliner Börse.

Die heutige Börse glaubte die politische Lage ruhiger beurteilen zu können als an den Vortagen und war anfangs recht fest gestimmt, zumal ansehnliche Käufe in Montanaktien und sonstigen Spezialitäten vorlagen. Am meisten waren Geisenkirchen, Luzemburger Bergbau und Bohumer gefragt; man sprach hier von Majoritätskäufen der Amerikaner. Zutreffend dürfte sein, daß man günstiges Börsenwetter für das Auslegen der Montantrustanleihe erzielen will. Der Rentenmarkt ist freundlich, Kriessanleihe 0,465. Der Geldmarkt ist zwar reichlich versorgt, doch geben die Sätze bisher noch nicht herunter. Tägliches Geld 6 bis 7 1/2 Proz. Die Frankentalen zeigen eine neue Verschlechterung. London-Paris 182.

Arbeitszeitverlängerung in England.

Die Annahme des Bergengesetzes im Unterhaus.

London, 2. Juli. (EP.) Im Unterhaus wurde gestern abend die Regierungsvorlage über die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken mit 332 gegen 147 Stimmen angenommen. Vorher hatte der Arbeiterführer Hartshorne die Regierung besonders heftig angegriffen und Baldwin als den größten Feind der Arbeiterklasse der gegenwärtigen Generation bezeichnet. Baldwin erklärte, daß die Regierung auf ihre Pflichten gegenüber dem Lande erfülle.

Cool gegen den Achtstundentag.

London, 2. Juli. (WTB.) Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cool sagte gestern abend in einer Rede vor Bergarbeitern in Dover, das Land und die Bergleute wünschten so dringend Frieden, daß er bereit sei, eine Abstimmung vorzunehmen und dieses Verfahren dem Volksgesetz anzupfehlen. Er sagte weiter, die Bergleute seien noch nicht geschlagen, und selbst wenn sie durch Hunger schon jetzt zum Nachgeben gezwungen werden sollten, so würden sie in sechs Monaten noch einmal den Kampf eröffnen. Sie seien entschlossen, den Achtstundentag nicht anzunehmen.

Die Grubenbesitzer für die Wiederaufnahme der Arbeit.

London, 2. Juli. (EP.) In den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Grubenbesitzern ist es gelungen, die letzteren dazu zu bewegen, sofort Anschläge mit der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit auszuhängen. Obwohl das Gesetz über den Achtstundentag noch nicht alle Höfen durchlaufen hat, werden sich die Vorschläge der Grubenbesitzer auf einen achtstündigen Arbeitstag unter Beibehaltung der früheren Löhne in den meisten Fällen ausbauen. Mit der Annahme der Vorschläge würde die Wiedereinstellung von rund 850 000 Bergarbeitern zu den alten Lohnsätzen möglich gemacht. (Von einer Gesamtzahl von rund 1 100 000. Die Red.)

Die Hoffnungen gehen dahin, daß diese Tatsache die Arbeiter zur Annahme der neuen Bestimmungen veranlaßt. Für den Fall, daß diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gehen und daß die Arbeiter nach den Erklärungen des Arbeiterführers Barley die Einführung des Achtstundentages verweigern, hat Baldwin sich im Unterhaus die Tür offen gehalten, indem er sagte, daß die Beilegung des Konfliktes auch jetzt noch sofort möglich wäre, wenn die Arbeiter den Bericht der königlichen Kommission als Ganzes annehmen würden. Seine Erklärung führte noch in später Nachtstunde zu Besprechungen zwischen ihm und der Exekutive der parlamentarischen Arbeiterpartei, über deren Ergebnis noch nichts Endgültiges bekannt ist.

Rennerbund und Aufwertung. Die Vorsitzenden der Landesverbände des Deutschen Rennerbundes haben beschlossen, aus der sogenannten Reichsarbeitsgemeinschaft, die bekanntlich eine 100prozentige Aufwertung fordert, auszutreten und das Programm des Sparerbundes (Dr. Best) zu unterstützen.

Serien.

Eine Sonne, strahlend und heiß, brennt heute über den Straßen, gerade so, als wollte sie die Schulferien freudig begrüßen. In dem Blut singt die Wandersehnsucht, das „Hinaus aus den engen Großstadtmauern“ wird, unterstützt von der lebenden Sonne, immer eindringlicher. Kein Wunder, daß schon am frühen Morgen der Ferienverkehr stark einsetzte und mit jeder Stunde mehr anschwell. Also gibt es doch noch Glückliche, die hinaus können in die Wälder, an die Ostsee, das Gebirge. Wie manche davon mögen ein ganzes Jahr ängstlich jeden Groschen gehütet haben für ihren Ferienurlaub, den sie mit ihren Kindern irgendwo draußen, fern von der Großstadt verleben wollen. Wie manche Verbindung mit Vettern, Onkeln, Basen, Tanten auf dem Lande wurde wohl Monate vorher so lange angewärmt, bis die nötige Herzlichkeit zur Einladung der Kinder erreicht war. Bei so vielen Großvätern und Großmüttern aber war es nicht nötig, die rechnen mit Freude auf ihre Entlassung zu den großen Ferien. Und wer diese Möglichkeit nicht hatte und als kleiner Beamter, Angestellter oder noch halbwegs bezahlter Arbeiter ein paar Ferientage hatte, der hatte vielleicht seinen wie ein kostbares Kleinod gehüteten billigen Ferienplatz. Nur den allerbesten Freunden wurde er nach heiligster Versicherung des Verschweigens ins Ohr geübert. Wohl denen, die so hinaus können. Der beschleunigten Personenzüge sind noch immer viel zu wenig, die sie fortbringen. Eben noch in der Großstadt und nach ein paar Stunden an der See, im Gebirge, auf einem Dorf mit wogenden Feldern, wald herrliches Wunder der Technik. Kein Wunder, daß die Schulfürer, die so in die großen Ferien fahren, heute um 11 Uhr doppelt froh hinausstürmen, denn schon monatelang vorher war ihre Phantasie davon erfüllt. Und die Zurückbleibenden? Es sind Ferien. Die Sonne lacht goldene Verheißung. Planschbecken und Spielwiesen loden. Die märkischen Seen sind wunderooft. Doch das Fahrgeld summert sich auch und macht bald das Fahrgeld für eine kleine Sommerreise aus. Hier mühen für die bedürftigen Kinder, besonders billige Dauerferienkarten ausgegeben werden, die für den ganzen Bortortverkehr gelten.

Der Andrang auf den Bahnhöfen.

Auf dem Steintiner Bahnhof herrschte schon um 7 Uhr morgens ein starker Andrang, der in den Vormittagsstunden eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen hatte. Unauffällig, in fast endloser Folge brachten vor allem Kraßbüscheln die Scharen der Reisenden zum Bahnhof. Für die Junge der vielen Dienstmänner gab es in Hülle und Fülle zu tun, die schweren Koffer, Körbe und riesigen Bettenpakete zu den Zügen zu bringen. Während der Zustrom der Reisenden sich am Vormittag noch immer in gewissen Grenzen hielt, nahm die Fülle vor und in dem Bahnhof sowie auf den Bahnsteigen am Nachmittag beängstigenden Umfang an. Dank den Vorkehrungen der Reichsbahn gelang eine im gewissen Sinne noch als „reibungslos“ zu bezeichnende Abwicklung. Ein großer Teil der Reisenden hatte sich zwar rechtzeitig mit Karten versehen, aber dennoch gab es vor den Schaltern die üblichen Polonäsen. Auf dem Anhalter Bahnhof, zu den Zügen nach Thüringen, und dem Gärtlicher Bahnhof, als Ausgangspunkt für die Fahrten nach Schlesien, herrschte das gleiche Leben und Treiben. Ueberall ein Massenandrang, der in den Nachmittagsstunden den höchsten Grad erreichte, der sich voraussichtlich morgen vormittag noch erheblich steigern wird. Die Reichsbahn hat auf den Bahnhöfen alle Vorkehrungen getroffen, um die vielen Erholungsbedürftigen gut „verpackt“ an ihre Ziele zu befördern. Die Sonderzüge werden vom Publikum in starkem Maße in Anspruch genommen, was sich aus der ungünstigen wirtschaftlichen Lage erklärt. Diesem Gesichtspunkte entsprechend hat die Reichsbahn etwa 120 Sonderzüge für die Monate Juli und August vorgesehen. Die Sonderzüge verkehren bis zum 10. Juli täglich. Allein heute fuhr neben den Haupt-, Vor- und Nachzügen 12 Sonderzüge. Dazwischen drei nach München, ein Zug nach Ostpreußen, je einer nach Basel, dem Riesengebirge und Köln, zwei Züge nach dem Harz und drei Züge nach den Ostseebädern. Nach all diesen Vorkehrungen glaubt die Reichsbahn allen Anforderungen, die alljährlich zu Ferienbeginn an sie herangetragen, gerecht zu werden. Wenn auch genaue Zahlen noch nicht feststehen, so dürfte die Zahl der heute reisenden Ferienfahrer mit 35 000 bis 40 000 nicht zu hoch beziffert sein.

Endlich scheint es Sommer werden zu wollen. Lange genug hat uns die Unnatur eines mit börsartiger Härtnäufigkeit verregneten Frühjahres und Vorfröhen gequält und immer, wenn uns die verzeihlichen Wetterpropheten mit Waffensprüchen über ominöse Hochdruckgebiete narreten, gab es bittere Enttäuschung und Regen, Regen, immer wieder Regen. So manchem Juniferienreisenden wurde der Erholungsurlaub buchstäblich zu Wasser, die Grippe grassierte wie zu den schlimmsten Zeiten ihrer herbstlichen Hochzeiten. Doch, wenn die Schwimmschwärme am höchsten, ist sozuzugun die Sonne am nächsten. Nach den ersten vier trockenen noch bewölkten Tagen ist heute der erste Sommer- und Sonntag bei schon beängstigender Schwüle gewesen. Mittags um 11 Uhr maß das Barometer 23 Grad im Schatten. Mit weiterem Ansteigen der Temperatur und weiteren heißeren Tagen ist zu rechnen. Dann kann's auch losgehen. Sollten wir doch noch auf unsere Kosten kommen? Juli und August haben das Wort!

Der erste Ferieneinbruch.

Eine unangenehme Ueberraschung erlebte eine Familie, die jetzt von ihrer Ferienreise zurückkehrte. Während ihrer Abwesenheit waren Einbrecher in die Wohnung in Alt-Moabit eingedrungen und hatten sich hier häuslich eingerichtet. Die ungeborenen Kogiergäste durchwühlten alle Behältnisse und stahlen alles, was sie verwerten und unauffällig wegkassieren konnten, Wäsche, Silberzeug, Kleidungsstücke, Schmuckstücke, bares Geld und Aktien. Nur die Möbel ließen sie großmütig für den Wohnungsinhaber stehen. Unter den Beutestücken befindet sich auch eine italienische Geige, die einen Wert von 15000 M. hat. Im Innern ist der Name Bapt. Gnabagnini-Turin eingegraben. Mitteilungen über das Zurtauchen der Sachen sind an die Dienststelle B. 3 im Polizeipräsidium zu richten. Für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Die Durchführung der Volkszählung.

Der Präsident des Preussischen Statistischen Landesamts hatte am Donnerstag vormittag die Presse geladen, den technischen Apparat der Volks-, Berufs- und Betriebszählung zu besichtigen. Nach den einleitenden Worten des Präsidenten Dr. Saenger, der auf die ungeheure Wichtigkeit der erst seit 1910 wieder erfolgten Volkszählung hinwies, gab Vizepräsident Dr. Höppler einen instruktiven Vortrag über die Durchführung der Zählung. Eine klare Formulierung der Fragen mußte gefunden werden. Ueber 11 Millionen Haushaltungslisten und mehr als 6 Millionen Zählbögen waren erforderlich und ein Heer von 400 000 Zählern stellte sich in den Dienst der Zählung. Außer dem Beruf wurde bei dieser Zählung zum ersten Male auch nach dem Wirtschaftszweig gefragt. Sämtliche Wirtschaftskreise erwarten mit Spannung die Ergebnisse, doch ist trotz angestrengtester Arbeit erst in 1/4 bis 2 Jahren an die vollständige Aufarbeitung zu denken, da die Arbeit mit den laufenden Statistiken erledigt werden muß. Immerhin wäre das noch schneller als im rasch arbeitenden Amerika. Als interessante Resultate lassen sich aber schon feststellen, daß ein großer Teil der Polen aus dem Rheinland nach Polen verzogen und in Oberschlesien deutsch und polnisch zugleich als Muttersprache angegeben worden sind. Die Zählung selbst wird maschinell nach dem Lochsystem erledigt. Ueber 39 Millionen Lochkarten waren anzufertigen,

auf denen die Ergebnisse in Zahlen auszudrücken sind. Zum Beispiel in der Sparte Muttersprache polnisch und deutsch als 46, dänisch 7 und so fort, in der Sparte Religion Dissidenten 18, Remoniten 7 und so fort. Nach den Zählbögen werden die Karten gelocht, die dann durch die zählenden Hollerith- und Powermaschinen gehen. Die Schwierigkeiten bei der Behandlung der Zählbögen wurden daraus erhellen, doch beispielsweise bei den Flächenmaßen der Bauern die Angabe ihrer gebräuchlichen Flächenmaße gelassen werden mußte, da sie zumeist in Hektar nicht rechnen. Furd, Garten, Gress, Himte, Mufe, Hunt, Süd, Nehe, Pini, unzählige Arten von Mergen wie Waldmorgen, spanischer Morgen, Wudde, Kudde und so fort, fünf gedruckte Foliabögen mit Umrechnung in Quadratmeter oder Ar. Zur Erledigung dieser Zählungen und Kontrollen wurden im Warenhaus Jordan mehrere Etagen gemietet, wo über 2000 Angestellte angestrengt arbeiten, die an 1 bis 2 Monate brauchen, um voll eingearbeitet zu sein. Es wird ein sehr großes Arbeitspensum verlangt. Unangebracht erscheint es, trotz der Wichtigkeit der Zählung, Arbeit mit nach Hause zu geben, da so eine Ueberanstrengung des Personals, das schon so fieberhaft arbeiten muß, hervorgerufen wird. Der technische Betrieb war von einer bewundernswürdigen Präzision. Außer Preußen arbeitet nur noch Sachsen maschinell, die anderen Bundesstaaten arbeiten noch ohne Zählmaschinen.

Berufung im Sprittweber-Prozess.

Der Staatsanwalt hat sich mit dem Urteil im Weber-Prozess nicht zufrieden gegeben und bereits Berufung eingelegt. Weber ist, wie aus dem gestrigen Urteil zu ersehen war, von der Anklage der Brandstiftung wie des Versicherungsbetruges freigesprochen worden. Zwar hat das Gericht in seiner Urteilsbegründung gesagt, daß alles dafür spräche, daß Weber die Brandstiftung begangen habe. Das Gericht habe sich jedoch nicht entschließen können, zur Verurteilung zu gelangen, da ein völliger Beweis der Schuld nicht erbracht werden konnte. Ob sich die Berufung des Staatsanwalts auf alle Teile des Urteils beziehen wird, ist vorläufig noch nicht bekannt. Dagegen, ob auch die Angeklagten ihrerseits Berufung einlegen werden. Somit kann die Öffentlichkeit sich auf einen neuen wochenlangen Weber-Prozess gefaßt machen.

Die Arbeiter-Ruderregatta in Grünau.

Es ist erst zwölf Jahre her, daß Wilhelm von Hohenzollern jedes Jahr in Grünau die Ruderregatta der feudalen Rudervereine abnahm und noch in diesem Jahr, vor wenigen Wochen, haben dieselben Vereine aus alter Tradition einen „Kaiserrevier“ ausgefahren. Sie haben also seit 1914 trotz Krieg und Staatsumwälzung nichts gelernt. Am kommenden Sonntag, 4. Juli, werden die Arbeiterrudervereine ihre Regatta in Grünau abhalten. An derselben Stelle, wo früher die Regatta für den Kaiser gefahren wurde und das Publikum nur die Rassen füllen durfte, werden am Sonntag die Arbeiterportier für die arbeitende Bevölkerung tätig sein. Eine ganze Reihe Ruderkonkurrenzen werden mit Paddelweitsfahrten abwechseln: in friedlichem Wettstreit werden unsere Wasserratten miteinander kämpfen — nicht um kaiserliche Ehrenpreise, sondern um die Gunst ihrer Kameraden. Um 1 Uhr beginnt die Regatta vor den großen Tribünen, unweit des Sportdenkmals. Die Berliner Arbeitererschaft ist herzlich eingeladen, die Eintrittspreise sind sehr mäßig.

Der Meinelche Männerchor Berlin 1900, Mitglied des DRSB. Von Berlin, Chormeister H. W. Joseph, veranstaltet am Sonntag, den 4. Juli 1925 im Schultzei-Patenhofer Garten, Chausseestraße 64, ein Vokal- und Instrumentalkonzert. Eintrittspreis 20 Pf.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauslage bei.

Ein Todesurteil und eine Hinrichtung. Das Schwurgericht Offenburg hat den 27 Jahre alten Landwirt Wilhelm Schütt von Stadelhofen, der Anfang des Jahres seine aus Oberkirch gebürtige Frau auf einem Spaziergang, wie das Gericht annahm, mit voller Ueberlegung erdrosselt hatte, zum Tode verurteilt. — Heute früh 5 Uhr wurde auf dem Hofe des Ersten Gerichtsgefängnisses durch den Scharfrichter aus Magdeburg der vom Schwurgericht Erfurt zum Tode verurteilte Schlosser Rudolph, genannt Trädelsberger, der im November vorigen Jahres am Heidehaus bei Sondershausen zwei reisende Automobilisten erschossen hatte, mittels Handbeil hingerichtet.

Sich selbst mit Petroleum begossen und angezündet. Nach einer Meldung aus Chemnitz hat eine in Hohenstein-Ernstthal wohnende Kleinrentnerin Buche, die früher sehr wohlhabend war, aber durch die Entwertung ihrer Ersparnisse in schwierigen Verhältnissen lebte und seit langem schwermütig war, gestern auf ungewöhnliche Art ihrem Leben ein Ende gemacht. Sie begoß ihre Kleider mit Petroleum und legte sie dann in Brand. Als die durch den Brandgeruch aufmerksam gemordenen Hausbewohner die Tür öffneten, fanden sie die Frau halb verkohlt vor.

Gewerkschaftsbewegung

Die Delegierten zum Metallarbeiter-Verbandstag.

Der „Sieg“ der Kommunisten.

Stuttgart, den 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das endgültige Resultat der Delegiertenwahl zur Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Bremen liegt nunmehr vor. Daraus ergibt sich die folgende Zusammensetzung der Delegierten zum Verbandstage:

Delegierte der Amsterdamer Richtung 156.

Delegierte der Moskauer Richtung 31.

Die Moskauer Richtung hat mithin einen Rückgang von 34,2 Proz. ihrer Vertreterzahl auf dem Casseler Verbandstage auf 16,6 Proz. zum Bremer Verbandstage zu verzeichnen. Von den 31 Delegierten, der KPD-Opposition entfallen allein 13 auf Berlin, die übrigen 18 verteilten sich auf das ganze Reich. Bei etwas mehr Verständnis für die Dinge, bei gehörigem Pflichtbewusstsein und etwas weniger Gleichgültigkeit war es für die nichtkommunistischen Berliner Metallarbeiter eine Kleinigkeit, die 13 Mandate den Kommunisten nicht zufallen zu lassen. Dennoch, die kommunistische „Opposition“ kann auf dem Bremer Verbandstage trotz aller Deflamationen kein Unheil anrichten. Geht es mit ihrer „Eroberung“ des Verbandes so weiter, könnten wir zufrieden sein. Allein wir müssen dafür sorgen, daß solche Siege der „Opposition“ wie in Berlin, künftig vereitelt werden und der Eroberungsprozeß, der sich zwischen Cassel und Bremen vollzogen hat, recht bald seinen Abschluß findet.

Die Zeiten sind zu ernst, die Aufgabe der Gewerkschaften zu schwer, als daß die Arbeitererschaft sich das Spiel der kommunistischen Walsen noch lange gestatten könnte.

Die „rote Fahne“ hat sich aus Moskau die Anerkennung der „Bravda“ zu dem Berliner Wahlsieg melden lassen:

„Nach langen Jahren dauernden Rückganges und der Isolierung der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften ist dies ein entscheidender Wendepunkt.“

Wir beneiden die „Bravda“ um ihren Optimismus. Wie wird ihr Urteil lauten, wenn sie das Gesamtergebnis vor sich hat?

Die Lehrlingshaltung im Fleischergewerbe.

Wie der „Alltliche Preussische Pressediens“ einer Anordnung des Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe entnimmt, erhält Ziffer 1 der Anordnung vom 9. Mai 1922 betreffend die Lehr-

lingshaltung im Fleischer- und Wurstmachergewerbe mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab folgende Fassung:

In jedem Betriebe des Fleischer- (Schlächter-, Metzger-) und Wurstmachergewerbes sowie in Wurstfabriken darf, soweit die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, ein Lehrling gehalten werden. Ein zweiter Lehrling darf gehalten werden, wenn der erste Lehrling das 2. Lehrjahr vollendet hat, wenn in dem Betriebe ein Geselle dauernd beschäftigt wird, und wenn einer der in der genannten Ordnung erwähnten dringenden Ausnahmefälle vorliegt.

Diese Regelung unterscheidet sich von der für das Friseurgewerbe erlassenen, in Nr. 300 des „Vorwärts“ erörterten Regelung insofern, als hier die dauernde Beschäftigung eines Gesellen für die Annahme eines zweiten Lehrlings mit zur Bedingung gemacht ist, während im Friseurgewerbe drei Lehrlinge gehalten werden können, auch wenn kein Gehilfe beschäftigt wird.

Die Fortbildung jugendlicher Erwerbsloser.

In einem Rundschreiben des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt werden die zuständigen Behörden auf ihre Pflicht hingewiesen, mit Rücksicht auf die im Einzelfall durchschnittlich lange Dauer der Erwerbslosigkeit alle Wege zu ihrer Beendigung und zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Erwerbslosen zu beschreiten. Es sollen in größerem Umfang als bisher die Leistungsfähigkeit und damit die Möglichkeit einer Arbeitsvermittlung der unterfertigen Erwerbslosen durch Veranstaltungen zur Fortbildung und Umschulung erhöht werden. Insbesondere ist die Erwerbslosigkeit der Jugendlichen immer mehr zu einem Massenstand geworden, gegen den zur Abwendung der sittlichen, geistigen und körperlichen Gefahren der teilweise jahrelangen Beschäftigungslosigkeit durch greifende Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Für die Ueberführung Jugendlicher zu landwirtschaftlichen Arbeiten sind vom Minister erhebliche Beiträge bereitgestellt worden; ferner wird erneut an die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar d. J. erinnert, wonach erwerbslose Jugendliche unter 18 Jahren Erwerbslosenunterstützung nicht beziehen können, ohne gleichzeitig durch Teilnahme an Arbeit oder an Fortbildungskursen auch einer Beschäftigung zugeführt zu sein. Die Einrichtung von Kursen darf jedoch nur im Falle dringenden Bedürfnisses erfolgen. Zur Rettung der Kurse sind in erster

Reihe Lehrer und Lehrerinnen aller Art von Schulen sowie die Bezirks- und Kreisjugendpfleger wie -pflegerinnen berufen; daneben werden auch erwachsene Erwerbslose, insbesondere beschäftigungslose Junglehrer und Junglehrerinnen bei genügender fachlicher wie moralischer Qualifikation gute Dienste leisten können. Ferner stehen Diplombandelslehrer für derartige Kurse zur Verfügung.

Ein smarter Geschäftsmann.

Vor dem Gewerbegericht, Kammer 13, klagte das Küchenmädchen R. wegen fristloser Entlassung gegen den Bäckermeister, Kaffeehausbesitzer und Gastwirt Michalski, Berlin, Lindenstraße 94, der auch in Schöneberg, Hauptstraße 24, einen Kaffeehausbetrieb hat. Seine Frau erhob den Einspruch, daß das Küchenmädchen R. gar nicht bei ihr beschäftigt gewesen sei, sondern daß sie die Küche an den Küchenchef H. verpachtet habe. H. wurde aber selbst fristlos entlassen und in einer Klageschrift bezeichnete Michalski den H. als Angestellten.

Der Vorsitzende der Kammer 13, Magistratsrat Sommer, ging merkwürdigerweise auf diese Sache nicht weiter ein und prüfte gar nicht, ob hier nur ein Scheinvertrag vorliege oder H. Angestellter des Michalski war, und so wurde die Klägerin R. mit ihrer Forderung gegen Michalski abgewiesen. Der Vertreter der R. war ziemlich unbeholfen. Es ist nur zu bedauern, daß das Personal von Michalski nicht den Weg zur Organisation gefunden hat, denn wenn ein Organisationsvertreter dagesessen wäre, hätte dieser sicher den Vorsitzenden der Kammer auf verschiedenes aufmerksam gemacht, wodurch ein anderes Urteil zustande gekommen wäre.

Wie uns bekannt ist, hat dieses famole System der Verpachtung bei R. noch weitere Kreise gezogen. R. hat unseres Wissens noch nicht nur die Küche, sondern auch angeblich das Büfett verpachtet, bezeichnet sich den Angestellten gegenüber aber als Arbeitgeber. Es wäre notwendig, für Krankenkassen und Steuerbehörden, einmal dieses merkwürdige Angestellten- resp. Pachtverhältnis nachzuprüfen. R. war in der glücklichen Lage, in der Inflationszeit durch die Devisen, die er von den Angestellten der „Russischen Handelsgesellschaft“ erhielt, sehr vorteilhaft zu wirtschaften. Auch das Geld, das er von der Stadt Berlin zum Ausbau seines Hauses erhalten hat, verstand er gewinnbringend zum Einkauf von Mehl, Zucker usw. in der damaligen Zeit anzulegen. Er versteht

es also immer, als tüchtiger Geschäftsmann seinen Vorteil wahrzunehmen, wenn dabei auch die Rechte der Arbeitnehmer zum Leide gehen.

Die Ladenaufschlußfrage.

Das Sekretariat des Internationalen Verbandes von Handels- und Bureauangestellten in Europa hat eine Broschüre des Genossen E. M. Amsterdam über die Ladenaufschlußfrage herausgegeben, die eine vollständige Uebersicht über die Regelung des Ladenschlusses in allen europäischen Ländern enthält. Aus der Zusammenstellung ergibt sich, daß eine reichsgefährende Regelung bisher in Belgien noch völlig fehlt und in Holland noch nicht zufriedenstellend erfolgt ist. In Holland haben allerdings die Gemeinden das Recht, einen Ladenschluß für ihre Stadt festzusetzen. Von diesem Recht haben bisher 172 niederländische Gemeinden Gebrauch gemacht, von denen 135 Gemeinden eine Jahresregelung, 33 Gemeinden eine verschiedenartige Regelung für Winter- und Sommerhalbjahr und 4 Gemeinden eine Regelung nur für den Winter getroffen haben. In 11 Gemeinden wird im Winter um 7 Uhr, in 107 Gemeinden teilweise im Winter, teilweise im Sommer um 8 Uhr geschlossen, während in 73 Gemeinden offiziell 9-Uhr-Ladenschluß besteht. Sonntags wird in 68 Gemeinden um 10 Uhr, in 49 Gemeinden um 11 Uhr abends geschlossen, während in 34 Gemeinden überhaupt keine Vorschriften über den Ladenschluß am Sonntag bestehen. Die Broschüre enthält sehr wertvolles Material, das auch in Deutschland Beachtung verdient.

Gesperrte Gastwirtschaften. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, kommt noch zu den bisher gesperrten Gastwirtschaften folgender Betrieb hinzu: Restaurant Woltersdorfer Mühle, Inh. Max Behle, Woltersdorf. Die Sperre über das Restaurant „Kosenthalet Platz“, Inh. Gohdes, Eißner Straße 97, wird hiernit aufgehoben, da die Differenzen beigelegt sind.

Verantwortlich für Volltext: Graf Meuter; Wirtschaft: Ernst Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Götter; Redaktion: Dr. John Schilowski; Redaktions- und Druckerei: Fritz Rastbach; Anzeigen: H. Giese; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Betriebsanhalt Paul Sinoer u. Co., Berlin SW 68, Eidenstraße 3.

Küchen

jetzt bedeutend billiger

Erle-Küchen	40 K.	75 K.
Keramik-Küchen	70 K.	100 K.
Keramik-Küchen	85 K.	130 K.
Keramik-Küchen	95 K.	140 K.
Keramik-Küchen	130 K.	180 K.
Küchenzeile, 50 cm	35 K.	50 K.

Ausstellung feiner rheinischer Küchen.

Küchenmöbel-Haus

Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Möbel

zu Engros-Preisen

Herrenzimmer	395.-
Speisezimmer	550.-
Schlafzimmer	685.-

Nur so lange Vorrat reicht

Neugebauer

CHARLOTTENBURG
Wilmerdorfer Str. 126
Ecke Schiller Str. kein Laden

Gardinen!

Sonderangebote und Gelegenheitskäufe

Künstler-Gardinen	2.90
Wandras-Gardinen	4.-
Stores	2.20
Bettdecken	4.-
Bettdecken	8.-
Spez.-Gardinenwerkst.	Neukölln, Bergstr. 67

Kein Laden!

Holzhäuser

liefert seit 25 Jahren
Dickmann A.-G., W 57
Wochenendhäuser - Prospekt gratis!
Wald- u. Wasserparzellen - Nachweis.

Pflicht für Sommer- und Kinderreise

Papiermützen, Scherzachen, Illuminationsartikel, Feuerwerk, Wachsackeln, Tombola-Sortimente, Lose - Nieten, Nummernblocks

Große Auswahl, Billigste Preise.

Pohl & Weber Nachf.

Spittelmarkt 4-5 III.
Verlangt Sommerpreisliste Nr. 5

Ischias

schmerzhaft, wenn Sie sich bewegen, wenn Sie sitzen, wenn Sie stehen, wenn Sie liegen, wenn Sie schlafen, wenn Sie atmen, wenn Sie essen, wenn Sie trinken, wenn Sie denken, wenn Sie fühlen, wenn Sie handeln, wenn Sie leben, wenn Sie sterben.

schwere Fälle benötigt werden. Unentgeltliche Hilfeleistung und Befreiung, Arzt, empfohlen. Invalidenstr. 105, 9-11, 1-4, Sonntag 10-12, Januar

Mol- u. Zeichen-Bedarf

L. Juergens

Alexanderplatz

Pumpen

Koblanck & Co.
Pumpenfabrik
Berlin 9 65,
Königsplatz
Str. 13.

Strauerpipenden

jeber Zeit
direkt preiswert
Paul Golletz,
normale, Robert Meyer,
Mariannenstr. 3,
Emit Striggl, 10000

Ischias

Mieten Sie von uns
Bade-Einrichtungen

diese sind in 6 Monaten Ihr Eigentum
Auf Wunsch Sonderprospekt.

P. Raddatz & Co.

Berlin W 66, Leipzigerstr. 122-123.

Ostende (Belgien)

Königin der Seebäder, ladet jeden Besucher freundlichst ein.

Prachtvoller Kursaal
mit Konzert-Vestibül, amerikanische Bowling, Sämtliche Attraktionen wie in Monte-Carlo Juli-August jeden Tag Konz. - 5 Millionen Preis.

Adolf Hoffmann

Episoden und Zwischenrufe

aus der Parlaments- und Ministerzeit.

Preis 1 Mark, Porto 5 Pfennig.

Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

HUNDE

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik

Chausseestraße 93
neuen Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Neugebauer

CHARLOTTENBURG
Wilmerdorfer Str. 126
Ecke Schiller Str. kein Laden

Wochenendhäuser

3 x 5 m M. 7 u. 0.
Bequeme Teilzahl.
Richard Beckers
Lichtenberg, General-Post-Str. 4

Besonders

weil man sich die kleinsten Artikel in der Gesamt-Lieferung billiger!

Strauerpipenden

jeber Zeit
direkt preiswert
Paul Golletz,
normale, Robert Meyer,
Mariannenstr. 3,
Emit Striggl, 10000

P. Raddatz & Co.

Berlin W 66, Leipzigerstr. 122-123.

Metalbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten gleich zu haben.
Kat. 650 Nr. Eisenmöbelabrik Suhl Thür.

Saison-Ausverkauf

1. Juli bis 15. Juli

Rücksichtslos herabgesetzte Preise!

Benutzen Sie die außergewöhnliche Gelegenheit! - Wir heben besonders hervor:

Wachstoffe

Waschmusselin solide Qualität, in guten Mustern 45 Pf.

Waschkrepp farbig, in großer Farbenwahl 58 Pf.

Zephir gestreift und kariert 68 Pf.

Crêpe marocain aparte Buntdrucke 78 Pf.

Baumwollwaren

Hemdentuch in mittelfeiner Ware 80 cm breit 39 Pf.

Züchen, solide Qualität, Klassenbreite 75 Pf. Deckbett-Meter 1.25

Linon, kräft. Wäschetuch spez. für Bettwäsche Klassenbreite 68 Pf. Deckbett-Meter 1.10

Kopfkissenbezug a. weiß. Wäschestoff, frz. genäht 95 Pf.

Herren-Artikel

Herren-Strohüte mod. Formen 1.95

Mod. Herren-Filzhüte 3.95, 2.95

Farbig-Oberhemden m. 2 Kragen 3.95

Mod. Selbstbinder reine Seide 1.45

Selbstbinder u. Régates, mod. Must. 95 Pf.

Selbstbinder Foulardine 48 Pf.

Mod. Schleifen 3 Stück 95 Pf.

Pikee - Serviteur mit Sattel 95 Pf.

Gardinen u. Möbelstoffe

Gardinenstoff bestgenäht, 48 Pf. Tüllgardinen gewebt, halbbreite 68 Pf.

Madras-Querbeh. bunigewebt, halbrundig, Mtr. 68 Pf.

Läuferstoff gewebt, bunigewebt, Mtr. 88 Pf.

Sitzkissen bunigewebt, Mtr. 95 Pf.

Konfektion

Kasack aus Musselin	0.95
Kasack aus Vollwolle	1.95
Kasack mit Kragen, Waschseide	2.75
Kasack für Frauen, aus Musselin Größe 48/52	3.95
Kasack Waschseide, mit langem Aermel, gr. Weiten	5.90
Kasacks und Blusen teilweise bis 50% ermäßigt, darunter Crêpe-de-Chine - Jumper mit langem Aermel und Handbolsaum	Serie I 3.95, Serie II 5.90, Serie III 7.90, Serie IV 12.75

Modell-Konfektion

ohne Rücksicht auf den bisherigen Wert in 3 Serien

Serie I	Serie II	Serie III
35.00	26.00	15.00

Kostüme

Kostüm modern verarbeitet, in Rippe oder Gabardine, zum Teil auf Seide gefüttert nur 26.00

Kostüm aus Phantasiestoff, modern genäht nur 9.75

Taschentücher

1. Dam. u. Herr. in Lin. weiß u. bt. K. St. 16 Pf.

Dam.-Taschentücher mit gest. Ecke, St. 15 Pf.

Büstenhalter Leinen Stück 50 Pf.

Strumpfhaltergürtel 3 Halber Stück 50 Pf.

Rock

Rock plüschert, reine Wolle 4.90

Rock plüschert, Rippestoff, in modernen Farben 9.75

Frauenrock

Phantasiestoffe 4.95

Kleid

Kleid aus Musselin 1.95

Kleid aus Frottiertoff 2.95

Jumperkleid

aus Kunst-Waschseide, mod. Farben 3.95

Frauenkleid

aus Musselin, modern verarbeitet, Gr. 48-50 4.95

Kleid aus Vollwolle, elegant verarbeitet, m. Handbohle u. Filetarb. 9.75

Kleid aus reiner Wolle, in modernen Farben 9.75

Mäntel

aus Donegal, Covercoat, Tuch oder Rippe zum Brustteile des wirklichen Wertes

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
4.95	9.75	12.00	18.00

Kinder-Konfektion

Mäntel aus Donegal, Covercoat und reinwoll. Cheviot, Gr. 60-110, früherer Wert bis 25.00 M. jetzt 5.95

Kinderkleider blau Chev. u. Schotten, Taille gefüt. 4.95

Weißer Leinen - Kinderschuh

Spange und Schnur 31/75 3.50 25/50 2.95

Damen - Halbschuh weiß Lein. 36/43 2.75

Braune Kinder - Spange 22/26 3.75

Wachstoffe

Perkal helle Streifen, für Oberhemden und Binsen 88 Pf.

Waschseide Kunstseide m. Baumwolle, feuchtkarree Mtr. 98 Pf.

Frotté mittelgründige Streifen, doppeltbreit 1.25

Reinwoll. Musselin L. verschied. Must. 1.50

Vollwolle beste Schweiz. Ware, alle Farben, 110 cm breit Mtr. 1.75

Hauswäsche

Frotterhandtuch guter Kränestoff 75 Pf.

Badetuch für Kinder, 100 x 100, glatt weiß 2.50

Badelaken 130 x 160 cm, prima Frottiertoff 5.25

Gartentischdecke bunigewebt 2.95

Kaffeedecke in Halbklein kariert 130 x 130 3.25

Putz

Waschschwester für Kinder 75 Pf.

Waschschwester für Damen 1.25

Kinderhüte garniert, und Matrosenhüte durchweg 1.95

Damenhüte mit Band und Blumen garnituren 2.95

Damenhüte mit Band und Blumen garnituren 3.95

Damenhüte in verschied. Formen und Garnituren 4.95

Damenhüte elegante Ausführung 7.95

Gardinen u. Möbelstoffe

Künstler-Garnitur Elamin, mit Elzeas u. Spitze 2.95

Reisekissen m. Füllung bunigewebt 65 Pf.

Bettdecke Elamin, I. bettig, m. Elzeas u. Motif 3.65

Diwandecken moderne Muster 6.50

Bettvorleger Tapestry Gewebe 3.95

Wilhelm Stein

N, Chausseestr. 70-71